



Liebe Genossinnen, liebe Genossen,

im September 2013 steht Deutschland vor der Wahl: Rot-Grün oder Schwarz-Gelb, Solidarität und Gemeinsinn oder Machterhalt und Klientel-Politik. Unsere Bundestagsabgeordnete, Petra Merkel, hat nach über zehn Jahren erfolgreicher Arbeit im Parlament vor einigen Wochen bekannt gegeben, dass sie nicht wieder kandidieren wird. Petra hat diesen Wahlkreis bei drei Bundestagswahlen in Folge für uns als SPD direkt gewonnen und dabei die Bewerber der CDU stets souverän auf Platz zwei verwiesen – auch als wir beim letzten Mal bundesweit schlecht dastanden. Ich habe 2005 und 2009 Petras Wahlkampf geleitet und von ihr gelernt, wie wir uns behaupten können, hier und überall: Wir müssen auf die Menschen zugehen, ihnen zuhören und sie mit ihren Anliegen ernstnehmen.

Nun gilt es, die erfolgreiche Politik von Petra Merkel fortzusetzen. Viele Genossinnen und Genossen haben mich gefragt, ob ich mich für eine Wahlkreiskandidatur zum Bundestag in Charlottenburg-Wilmersdorf zur Verfügung stellen würde. Ich tue dies gern und, nach über zehn Jahren Basisarbeit in meiner Abteilung, aus der tiefen Überzeugung, dass die breite Mitte der Gesellschaft in unserem Bezirk eine sozialdemokratische Politik verwirklicht sehen will. Fachlich engagiere ich mich vor allem in der Innen- und Rechtspolitik, so während meiner Zeit als Mitglied des Berliner Abgeordnetenhauses wie auch jetzt als Vorsitzender des zuständigen Fachausschusses auf der Landesebene unserer Partei. Denn wir müssen auf diesen Feldern als SPD wahrnehmbar sein, im Land wie im Bund.

Was ich will

Ich stehe für eine Politik, die alle Teile der Gesellschaft mit unseren sozialdemokratischen Grundwerten erreichen will. Wer sich zu Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität bekennt, der muss sich bei uns wiederfinden können, unabhängig von sozialem Status, Herkunft, Beruf, Alter oder Geschlecht.

Diese Werte sind wichtiger denn je! Europa befindet sich in einer existenziellen Krise, ausgelöst durch ein Diktat von Märkten, die niemand mehr beherrscht, und von Geldmengen, die mit der Macht ihrer schieren Größe die demokratischen Prozesse unterlaufen können. Dem müssen wir unser politisches Bekenntnis mit Entschlossenheit entgegensetzen: Die Finanzmärkte brauchen Regulierung, die Banken Kontrolle und die Transaktionen an den Börsen müssen über eine gerechte Besteuerung zu ihrem Beitrag für ein funktionierendes Gemeinwohl herangezogen werden. Europa braucht Einigkeit, denn Europa ist der Schlüssel zur Zukunft. Europa braucht Entscheidungen, aber bislang hält die schwarz-gelbe Bundesregierung die Menschen nur hin. Das werden wir ändern, denn wenn Menschen in Deutschland und in Europa um einen gerechten Mindestlohn kämpfen müssen, während andere mit der Spekulation auf Nahrungsmittel Millionen verdienen, dann stimmt etwas nicht in dieser Gesellschaft - und in dieser Regierung.

Florian Dörstelmann

Geb. 1967, verheiratet,
drei Kinder (5, 9 und 12 J.)

Rechtsanwalt in
Charlottenburg-
Wilmersdorf

Stellvertretender
Vorsitzender der
Abteilung 97

Mitglied des Kreisvorstands

Kreis- und
Landesparteitags-
delegierter

Vorsitzender des
Fachausschusses III auf
Landesebene (Innen- und
Rechtspolitik)

Mitglied des
Abgeordnetenhauses von
Berlin 2010-2011

[www.florian-
doerstelmann.de](http://www.florian-doerstelmann.de)

florian.doerstelmann@
gmx.net

Mein Lebensmittelpunkt: Meine Familie

Die Krise wurde aber auch ausgelöst von einer Verschuldungspolitik in vielen europäischen Staaten, die nicht zu dem versprochenen Wohlstand für alle geführt hat, sondern zu einer immer neuen Abhängigkeit von „frischem Geld“. Das können wir nicht ignorieren, denn es macht die Spielräume für alle immer enger. Als Vater von drei Kindern, die Schule und Kindergarten besuchen, sehe ich es als Verantwortung meiner Generation, diesen Kreislauf der Verschuldung zu durchbrechen und den Jungen und Jüngsten in unserer Gesellschaft das Tor zu einer selbstbestimmten Zukunft offen zu halten. Ihre Bildung und Ausbildung sind die Grundpfeiler unserer wirtschaftlichen Existenz und die Garanten für den Erfolg unserer Gemeinschaft über den Tag hinaus. Ihre Zukunft und ihre Freiheit dürfen nicht von Zinslasten und Inflation erdrückt werden. Sie müssen die Möglichkeit zu eigenen Entscheidungen für Beruf und Lebensgestaltung haben. Sie müssen die Chance auf eine Arbeit haben, die sie ernährt und erfüllt. Dafür will ich als Abgeordneter im Deutschen Bundestag eintreten.

Wer Hilfe braucht, muss sie erhalten

Solidarität muss in alle Richtungen wirken. Altersarmut dürfen wir nicht hinnehmen. Eine armutsfeste Mindestrente ist keine Frage der Wirtschaftlichkeit. Sie ist eine Frage von Anstand und Respekt gegenüber der älteren Generation. Genauso müssen für jeden die Versorgung im Krankheitsfall gewährleistet und das Wohnen bezahlbar bleiben. Hier stehen wir in der Pflicht. Und wir haben doch die Mittel: Eine angemessene Vermögens- und Erbschaftsteuer auf die großen Vermögen und eine solidarische Finanzierung der Sozialsysteme durch alle Erwerbstätigen. Verteilungsgerechtigkeit ist für mich untrennbar mit den Begriffen „Generationengerechtigkeit“ und „Solidarität“ verbunden. Nur das garantiert eine Daseinsvorsorge, die diesen Namen auch verdient.

Freiheit ist nicht selbstverständlich

Unsere Freiheit wird aber auch von anderer Seite bedroht: Von einem wiedererstarkenden Extremismus. Die unfassbaren Taten des NSU mit seiner grauenhaften Mordserie an Migranten und einer jungen Polizistin, die Hasspredigten religiöser Eiferer und Anschläge wie der des Rechtsradikalen Anders Breivik in Norwegen erinnern uns daran, dass wir unsere Demokratie immer wieder aufs Neue verteidigen müssen. Extremismus und Intoleranz dürfen keinen Raum in unserer Gesellschaft haben. Im Deutschen Bundestag will ich mich dafür einsetzen, dass ein neues NPD-Verbotsverfahren angestrengt wird und unsere Gesetze gegen Volksverhetzung und andere extremistische Taten nicht ausgehöhlt werden. Als Rechtsanwalt mit über fünfzehn Jahren Berufserfahrung habe ich gelernt, dass ein Rechtsstaat genauso unbestechlich wie wehrhaft sein muss.

Liebe Genossinnen, liebe Genossen,

unser Kreis hat eine Mitgliederbefragung für die Kandidatur zum Deutschen Bundestag beschlossen. Ich begrüße dies sehr! Und Ich würde mich sehr freuen, wenn Ihr meine Kandidatur unterstützt!

Mit herzlichen Grüßen



Euer Florian Dörstelmann

P. S.: Auch Briefwahl ist möglich. Einfach die Unterlagen beim Kreis anfordern!

